



# Danke!

In wenigen Tagen feiern Christinnen und Christen das Weihnachtsfest, kurz darauf beginnt ein neues Jahr. Auch in der Deutschen Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg steht zum Jahresende ein bedeutender Wechsel an: In der zweiten Dezemberwoche findet im Europa-Park der Landeskongress statt – der größte in der Geschichte der DPolG BW, mit über 500 Delegierten und Gästen. Nach mehr als zehn Jahren an der Spitze wird Ralf Kusterer den Landesvorsitz übergeben und sich künftig ganz der DPolG Bundesorganisation widmen. Mit diesem Schritt endet eine Ära, in der die DPolG Baden-Württemberg mehr erreicht hat als je zuvor. Heute darf der Verband mit Stolz sagen:

## Wir sind die Nummer 1 in unserem Land

- größter Landesverband
- stärkste Kraft in den Personalvertretungen
- bester Dienstleister für die Mitglieder und herausragend in den Mitgliederleistungen
- führend in Medienpräsenz und politischer Wirkung
- am erfolgreichsten in der Umsetzung politischer Forderungen und gewerkschaftlicher Ziele
- mit Abstand mitgliederstärkste Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg mit einzigartiger Verbandsstruktur

Diese Entwicklung ist eng mit dem Namen Ralf Kusterer verbunden. Sein Einsatz, seine Klarheit und sein tiefes Verständnis für gewerkschaftliche Verantwortung haben die Organisation geprägt – und weit über Erwartungen hinaus vorangebracht.

Die Zahlen dieser explosionsmäßigen Entwicklung sprechen für sich: Steigerungsraten von 80 bis 90 Prozent in nahezu allen Bereichen, über 40 Millionen Euro Gesamtumsatz in zwei Legislaturperioden, ein seit Jahren schuldenfreier Verband mit einer soliden Haushaltsführung, eine modernisierte und digital ausgebauten Infrastruktur sowie die größte Rechtsschutzabteilung einer Gewerkschaft in Baden-Württemberg mit über 15 000 Fällen in den vergangenen Jahren.

Mit 14 Bezirks- und zwei Präsidialverbänden sowie 61 Kreis- und Ortsverbänden verfügt die DPolG BW über eine einzigartige, mitgliedernahe Struktur. Rund 1 000 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger engagieren sich landesweit – vom örtlichen Vorsitzenden bis zu den Beisitzern. Diese Dichte an ehrenamtlicher Arbeit ist im Land einmalig und sorgt für mitgliedernahe Betreuungsteams und Angebote.

Dazu kommt eine klare Meinungsführerschaft in Medien und Politik. Auch dass heute nahezu alle Personalvertretungen – bis auf ein einziges Patt – von der DPolG geführt werden und andere Listen im Hauptpersonalrat kein Antragsrecht mehr haben, ist ein klares Statement. Gewerkschaftlich betrachtet ist Baden-Württemberg



klar „blau“. Dies ist möglich dank vieler hoch motivierter Personen, die sich sachorientiert und durchsetzungsfähig einbringen – und dank eines Landesvorsitzenden, der sich bei der Aus- und Weiterbildung von Mandatsträgern engagiert und stets Haltung gezeigt hat. Ralf Kusterer hat nie gezögert, Missstände offen anzusprechen, selbst dann nicht, wenn er damit allein „gegen den Strom“ schwamm. Seine klaren Worte und seine Kritik – auch gegenüber dem Innenminister und dem Innenministerium – hatten Gewicht. Er sprach aus, was gesagt werden musste, und wurde dafür gleichermaßen geachtet wie gehört.

Vor allem aber: Ralf Kusterer hat und hatte immer die Menschen im Blick. Ihm ging es um Kolleginnen und Kollegen, um deren Anliegen, Belastungen und Rechte. Er begegnete den Menschen nicht als Funktionsträgern, sondern als Persönlichkeiten mit Bedürfnissen, Sorgen und Hoffnungen. Dieses tiefen, authentische Interesse an jedem Einzelnen ist und war ein Markenzeichen seiner Gewerkschaftsarbeit und entspringt seinem Grundsatz: Gewerkschaft ist für Menschen da – nicht umgekehrt. Ralf Kusterer hinterlässt seiner Nachfolge große Fußstapfen, in die zu treten Anspruch und Ansporn zugleich sein werden.

**Lieber Ralf, im Namen der Polizeispiegel-Redaktion und ganz persönlich möchte ich dir Danke sagen: für deinen Einsatz, deine klaren Worte, deinen Mut, deine Menschlichkeit, für zahllose Beiträge, Ideen, Anregungen und Impulse für die Medienarbeit, die wir in diesem Sinne weiterführen werden.**

Allen Kandidatinnen und Kandidaten wünschen wir viel Erfolg bei den Wahlen und allen Delegierten und Gästen einen spannenden und gewinnbringenden Landeskongress.

Allen Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr 2026.

Ihr/euer

**Jörg Kluge,  
Landesredakteur**

# Gerd Haug als Leitender Landespolizeiseelsorger der Evangelischen Landeskirche in Baden eingeführt

Am Donnerstag, 13. November, wurde Gerd Haug mit einem Festgottesdienst in der Karlsruher Christuskirche als Leitender Landespolizeiseelsorger der Evangelischen Landeskirche in Baden (EKiBa) eingeführt. Die Leitung des Gottesdienstes übernahm Andreas Waidler, Bereichsleitung Seelsorge in besonderen Arbeitsfeldern. Synodalpräsident Axel Wermke, Landeskriminaldirektorin Sandra Zarges und Dr. Hubert Liebhardt, Vorsitzender der Landesarbeitsgemeinschaft der Kirchlichen Arbeit in der Polizei in Baden-Württemberg, sprachen Grußworte.

Gerd Haug wird als Leitender Landespolizeiseelsorger künftig für alle badischen Polizeipräsidien direkter Ansprechpartner für Fragen der Polizeiseelsorge sein. Zudem steht er mit seiner Expertise bei Bedarf bei größeren Einsätzen als Führungskraft zur Verfügung.

„Wir schulden den Menschen, die sich tagtäglich für den Erhalt der Menschenwürde einsetzen, unsere Begleitung, damit auch ihre Würde geschützt werden kann“, betonte Haug.

Seit 2017 arbeitet Gerd Haug als Polizeiseelsorger im Bereich des Polizeipräsidiums Karlsruhe. Darüber hinaus ist der 55-jährige Familienvater seit 2017 in Bruchsal als Dozent für Berufsethik an der Hochschule für Polizei tätig.

Der DPoG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer und Dirk Preis, der Vorsitzende des Hauptpersonalrats, nahmen an der Veranstaltung teil. Ralf Kusterer: „Polizeiseelsorge bietet allen Polizeibeschäftigten Rat, Unterstützung und Begleitung. Besonders wichtig ist die Hilfe bei der Bewältigung belastender Erfahrungen.“ Für die Beschäftig-



© DPoG

ten der Polizei stellt Dirk Preis fest: „Wir sind dankbar, dass die Evangelische Landeskirche die Stelle wieder besetzt hat – auch weil wir um die finanzielle Situation und die Notwendigkeit von Einsparungen wissen.“

Der Leitende Landespolizeiseelsorger der EKiBa, Gerd Haug, ist wie folgt erreichbar:

Gerd Haug  
Leitender Landespolizeiseelsorger  
Evangelische Landeskirche in Baden  
Blumenstraße 1–7  
76133 Karlsruhe  
Gerd.Haug@ekiba.de

## Auszug aus der beachtenswerten Andacht des neuen Leitenden Polizeiseelsorgers (Erzählung 1. Könige 19)

Die Lage war bedrohlich, lebensbedrohlich. Aber sie hatten ein Zeichen gesetzt. Zu zweit, gegen alle anderen. Und die anderen waren mehr – zahlenmäßig weit überlegen. Natürlich kam es zur Anwendung von Gewalt. Und später werden viele sagen, dass das nicht verhältnismäßig war ... mag sein. Aber es war ein sichtbares Zeichen, dass er im Recht war. Ein sichtbares Zeichen, das deutlich macht, wir sind die Guten! Er war der Held!

Nun macht sich Müdigkeit nach der Anspannung breit. Zu zweit sitzen sie da, trinken gemeinsam und reden noch einmal über das, was war. Beide noch voll mit Adrenalin. Da klopft es plötzlich an die Tür. Im Hochgefühl des Erfolges denkt er: „Da kommt jemand und möchte sich für seine Respektlosigkeit uns gegenüber entschuldigen ...“ ER öffnet die Tür. Da steht ein Mann in Uniform. „Die Königin schickt mich“, sagt er, „Du kommst nicht davon! Sie wird dich vernichten!“

Eben noch scheinbar auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn und nun ist

sein Leben in Gefahr. Er schüttelt den Kopf. „Hört das denn nie auf?“ Diese Frau hat Macht und er fühlt sich ihr ausgeliefert. „Los, komm, wir gehen!“, sagt er leise. Und so machen sie sich auf und gehen ihren Weg und lassen alles zurück. Ihren Auftrag, für die Bürger dieses Landes da zu sein, sie davor zu schützen, dass sie den Fehler begehen und sich nicht vom Guten leiten lassen. Sie fühlen sich auch ihrem Auftrag nicht mehr verpflichtet und gehen ins Ausland. „Sollen sie doch sehen, was passieren wird, wenn wir nicht mehr da sind!“, denkt er und schüttelt den Kopf. „Was hat's gebracht?“, fragt er sich. „Was hat sich durch meinen Einsatz geändert? – Nichts!“ Immer wieder hat er das gemacht, was von ihm erwartet wurde: vorne hinstellen und Haltung zeigen. Immer wieder war er vorne, da wo man der Konfrontation nicht ausweichen kann. Nun will er nicht mehr.

... Er ist verbittert und hat sie aufgegeben. „Ich will nicht mehr, sie haben keinen Respekt und kritisieren immer nur an den Kleinigkeiten rum.“ Er hat sich verabschiedet von dem, der ihn zu diesem Dienst berufen hat, seinem Dienstherrn, dem er nicht mehr vertrauen kann und von dem er so enttäuscht ist. „Wo bist Du?? Siehst Du mich eigentlich? Siehst Du, was ich alles für Dich getan habe? Dein Dienst ist mir zu groß, ich will nicht mehr! Ich will keine Konfrontationen mehr. Siehst Du mich eigentlich? Weißt Du wie es mir geht?“

... Ich kann den Sinn nicht mehr erkennen! Was bringt es denn! Morgen stehen sie wieder da, die gleichen Menschen, und lachen über mich. Oder wie die Königin ... Am Ende sitzen die doch am längeren Hebel!“

## INHALT

- 1 Grußwort Jörg Kluge
- 2 Gerd Haug als Leitender Landespolizeiseelsorger
- 3 Landestarif-kommision tagt in Stuttgart
- 4 Interview mit Manuel Hagel MdL
- 7 Behörden-Fußballturnier
- 7 CDU-Arbeitskreis Recht und Verfassung
- 8 DPoG-Stiftung in Baiersbronn

# Landestarifkommission tagt in Stuttgart

Unmittelbar nach der Festlegung der Forderungen für die Tarifverhandlungen (7 Prozent – mindestens 300 Euro) hat sich die Landestarifkommission in Stuttgart zu einer eintägigen Sitzung getroffen. Im Mittelpunkt standen die Vorbereitungen für Aktionen und mögliche Streiks innerhalb der Polizei. „Denn eines ist klar“, so Edmund Schuler (Bundes- und Landestarifbeauftragter), „geschenkt bekommen wir nichts.“



Die Landestarifkommission ist entschlossen, alles dafür zu tun, ein tragbares Ergebnis zu erreichen. Die Tarifbeschäftigte leiden – wie viele andere – unter dem deutlichen Anstieg der Lebenshaltungskosten. Positiv bewertet der stellvertretende Landestarifbeauftragte Antonio Pellegrino (Karlsruhe), dass das Staatsministerium eine Angleichung an den Tarifvertrag des Bundes und der Kommunen anstrebt.

Die DPoG-Landestarifvertretung plant auch in dieser Einkommensrunde verschiedene Maßnahmen und wird hierzu in Kürze direkt auf die Mitglieder zukommen. Dabei setzen die Tarifbeschäftigte auch auf die Unterstützung der Beamtinnen und Beamten. Erst kürzlich hat das Bundesverfassungsgericht bestätigt, dass die Lohnentwicklung der Tarifbeschäftigte unmittelbare Auswirkungen auf die Beamtenbesoldung haben kann. Wie in den vergangenen Jahren wird Edmund Schuler, der sowohl Landes- als auch Bundestarifbeauftragter ist, wieder unmittelbar an den Tarifverhandlungen beteiligt sein. Für ihn bedeutet dies eine äußerst anspruchsvolle Zeit: Die Verhandlungen ziehen sich oft über viele Tage hin, enden nicht selten an Wochenenden und sind geprägt von taktischen Spielereien der Verhandlungspartner. Die Verantwortung ist groß – schließlich möchte er für seine Kolleginnen und Kollegen das bestmögliche Ergebnis erzielen.

*Wir wünschen allen unseren Mitgliedern,  
Leserinnen und Lesern ein gesegnetes Weihnachtsfest*

*Der Geschäftsführende DPoG-Landesvorstand*



# Interview mit dem Fraktions- und Landesvorsitzenden der CDU, Manuel Hagel MdL

Das Interview führte Jörg Kluge, Landesredakteur Polizeispiegel.



© Marcel Dittrich (3)

**Herr Hagel, Sie führen mit weit über 50 000 Mitgliedern die mit Abstand größte Partei in Baden-Württemberg. Die CDU ist seit 2016 Juniorpartner einer Landesregierung mit den Grünen. Schön, dass Sie sich Zeit für unser Interview nehmen, in dem wir auf die Forderungen der DPolG für die Zukunft eingehen.**

**Bevor wir jedoch den Blick in die Zukunft richten, wollen wir noch einmal auf die vergangene Legislaturperiode schauen: Was haben Sie für die Polizei erreicht – gerade mit Blick auf die Personalausstattung?**

Vieles wurde erreicht, manches blieb offen. Ich meine, dass sich unsere Erfolge sehen lassen können. Als Christdemokraten stehen wir klar und fest hinter unserer Polizei. Gerade dann, wenn es darauf ankommt und im Nachhinein alle alles besser wissen. Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten eine hervorragende Arbeit – Tag und Nacht, bei jedem Wetter, in jeder Lage. Das hat meinen ganzen Respekt. Respekt zeigt sich aber nicht nur in warmen Worten, sondern vor allem in Taten. Deshalb haben wir als Regierungsfraktion in dieser Legislaturperiode die Investitionen in die Ausstattung und das Betriebsbudget der Polizei um rund eine halbe Milliarde Euro erhöht. Gleichzeitig haben wir die Rahmenbedingungen geschaffen, dass bis 2026 über 1 000 fertig ausgebildete Polizistinnen und Polizisten zusätzlich auf die Straße kommen. Mit den 13 000 Neueinstellungen der vergangenen zehn Jahre haben wir vor allem eine große Pensionierungswelle aufgefangen. Jetzt geht es darum, die Personaldecke weiter zu stärken – damit unsere Polizei auch

morgen das leisten kann, was sie heute Tag für Tag tut: unser Land sicher halten. Wir halten Kurs!

**Die schnell fortschreitende Technik, Digitalisierung, künstliche Intelligenz, neue Kriminalitätsformen und der Anstieg der Gewalt fordern ein Aufrüsten der Polizei und Sicherheitsbehörden. Ohne eine moderne Ausrüstung und Ausstattung kann die Polizei nur zweitklassig agieren. Darf sie damit rechnen, mit der neuesten Technik ausgestattet zu werden?**

Solange wir Christdemokraten Verantwortung tragen, darf sich die Polizei darauf verlassen. Eine moderne Polizei braucht moderne Technik. Die Täter sind digital, vernetzt und schnell – also muss der Staat schneller, präziser und besser ausgestattet sein. Das ist unser Anspruch. Ein großer Schritt nach vorn war die automatisierte Datenanalyse. Palantir haben wir – entlang fachlicher Expertise – trotz erheblichen Widerstands unseres grünen Koalitionspartners durchgesetzt, weil es einfach keinen Sinn macht, unsere top ausgebildeten Beamten und Beamten tagelang Datenwüsten durchforschen zu lassen. Wir brauchen sie in der Ermittlungsarbeit und draußen auf der Straße. Genau deshalb war dieser Schritt überfällig. Mittelfristiges Ziel bleibt die Nutzung einer europäischen Software. Auch technisch gehen wir weiter: Im Nachtragshaushalt haben wir Mittel für die Drohnenabwehr bereitgestellt. Das ist notwendig, weil Bedrohungen heute nicht nur auf der Straße entstehen, sondern auch aus der Luft. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass wir darauf reagieren. Das sind viele Schritte

in die richtige Richtung – diese wollen wir mit einer CDU-geführten Landesregierung noch kraftvoller gehen. Für die Sicherheit im Land und für unsere Polizistinnen und Polizisten.

Wo wir allerdings nicht so weit gekommen sind, wie wir es uns gewünscht hätten, ist die Videoüberwachung an kriminalitätsbelasteten Orten. Da war mit dem grünen Koalitionspartner nicht mehr möglich. Ich bedauere das ausdrücklich. Die Diskussion dazu konnten Sie in den Medien verfolgen. Für mich ist deshalb klar, dass wir hier in der nächsten Legislatur weiterkommen müssen, wenn uns die Bürgerinnen und Bürger ein Mandat geben. Moderne, intelligente Videoüberwachung schützt nicht nur Sicherheit, sie schützt auch Grundrechte – weil sie hilft, Täter gezielt zu identifizieren und Unbeteiligte zu entlasten. Genau deshalb brauchen wir mehr Technik, nicht weniger, weil es um mehr Sicherheit geht. Solche Eiertänze wie in Trossingen können wir uns schlicht nicht mehr leisten.

**In den vergangenen Wochen gab es eine Diskussion über das Stadtbild. Während einige das nur auf Migration fokussierten, hat die DPolG das insgesamt aus sicherheitspolitischer Sicht betrachtet. Was bedeutet für Sie Sicherheit?**

Bitte lassen Sie mich zu Beginn sagen, dass ich die Ausführungen der DPolG und Ihres Vorsitzenden Kusterer ausgesprochen ausgewogen und fokussiert fand. Sicherheit bedeutet für mich, dass man sich über Sicherheit keine Gedanken machen muss: wenn eine junge Frau abends vom Bus nach Hause läuft, ohne Angst im Nacken; wenn Kinder nach dem Training lachend durch die Stadt radeln; wenn ältere Menschen spät noch einkaufen gehen, ohne ein mulmiges Gefühl im Bauch. Genau darum geht es: Sicherheit ist das Fundament von Freiheit und einem unbeschwerlichen Alltag – ohne Sicherheit ist alles nichts.

Lassen Sie mich aber noch etwas zu dieser völlig überflüssigen Stadtbild-Debatte sagen: Jeder sieht doch, dass sich etwas verändert hat – und zwar nicht zum Guten. Das beginnt lange vor einer KörpERVERLETZUNG: bei Pöbeleien, Dominanzgehave, Autoposern, Rücksichtslosigkeit und Vandalismus. Wenn so etwas überhandnimmt, kippt die Stimmung in einer Stadt. Familien bleiben weg, Geschäfte leiden, Innenstädte rutschen in eine Abwärtsspirale. Und natürlich gehört zur Wahrheit, dass in vielen Städten Gruppen junger Männer – häufig mit Migrationshintergrund – aggressiv auftreten und Straftaten begehen. Das muss man aussprechen dürfen, ohne irgendjemanden pauschal abzustempeln. Viele Zugewanderte sagen mir selbst: „Wir arbeiten, wir zahlen Steuern – und andere tanzen dem Staat auf der Nase herum. Da muss etwas passieren.“ Genau so ist es. Manche von politisch linker Seite regen sich bisweilen mehr über das Benennen von Problemen auf als über das Problem selbst. Wir sollten die Probleme einfach lösen, ohne dieses ewige Moralisieren. Diskussionen über die Diskussion bringen wirklich niemanden weiter – schon gar nicht die Menschen, die jeden Tag mit diesen Entwicklungen leben müssen.

**In der Polizei beträgt die Anzahl der Polizeivollzugsbeamteninnen und -beamten im Eingangsamt mehr als 50 Prozent (circa 8 000**

**Oberkommissarinnen und Oberkommissare). Während im mittleren Dienst mit dem Vier-Säulen-Modell wichtige Verbesserungen erreicht wurden, sind die Perspektiven im gehobenen Dienst schlecht. Dürfen wir hier mit Verbesserungen rechnen?**

Ganz klar: Ja, da muss sich etwas tun. Im mittleren Dienst haben wir mit dem Vier-Säulen-Modell echte Verbesserungen erreicht. Aber im gehobenen Dienst sieht die Realität anders aus. Viele hoch qualifizierte Polizistinnen und Polizisten leisten Toparbeit, stehen mitten im Leben – und bleiben trotzdem im sogenannten „Oberkommissarbauch“ stecken. Das ist weder leistungsgerecht noch motivierend.

Wir haben in dieser Legislatur einen ersten Schritt gemacht und 300 neue A 11-Stellen geschaffen, um genau hier Bewegung reinzubringen. Das war richtig und wichtig – aber es reicht nicht. Für mich ist klar: In der nächsten Legislatur müssen wir bei A 12- und A 13-Stellen nachlegen. Wer Verantwortung trägt, wer Tag für Tag vorangeht – der verdient auch eine Perspektive, die dieser Verantwortung entspricht.



**In allen anderen Verwaltungsbereichen im Land gibt es einen Bewährungsaufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst – nur nicht bei der Polizei. Dabei gibt es sowohl bei der Schutz- als auch bei der Kriminalpolizei sowie in allen anderen Bereichen Kolleginnen und Kollegen, die Aufgaben des höheren Dienstes dauerhaft übernommen haben, zuletzt Leiter von Polizeirevier, die nach mehr als fünf Jahren die dafür vorgesehene Zulage gestrichen bekommen.**

In praktisch allen anderen Bereichen der Landesverwaltung gibt es den Bewährungsaufstieg – nur bei der Polizei nicht. Dabei tragen viele Polizistinnen und Polizisten im gehobenen Dienst seit Jahren große Verantwortung, führen Reviere, treffen Entscheidungen, leiten Teams. Sie arbeiten faktisch wie Oberräte – nur ohne die entsprechende Bezahlung. Deshalb habe ich für einen Bewährungsaufstieg große Sympathien. Ich kann mir gut vorstellen, dass erfahrene Kräfte mit klar nachgewiesener Führungsverantwortung den Schritt nach A 14 gehen können. Das wäre ein einfaches, aber starkes Signal: Wer führt, wer Verantwortung übernimmt, wer Leistung bringt – der soll dafür auch seinen gerechten Lohn bekommen.

**Beamte in Baden-Württemberg arbeiten seit 2003 in der Regel 41 Stunden pro Woche. Beamte im Schichtdienst müssen aufgrund der festgelegten Schichtzeiten jährlich zusätzlich rund 220 Arbeitsstunden erbringen. Beamte in operativen Bereichen (ohne Schichtdienst) haben in der Regel bei der Planung von Freizeit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhebliche Schwierigkeiten. Die hohe psychische und physische Belastung aller im operativen Bereich Tätigen ist höher als in anderen Bereichen. Können die Beamten in operativen Bereichen mit einer Entlastung der Arbeitszeit rechnen?**

Für dieses Anliegen habe ich große Sympathien. Der operative Polizeidienst ist körperlich hart, psychisch belastend und gerade für



Familien mit Kindern eine enorme Herausforderung. Deshalb wollen wir in dieser Legislatur mit der Absenkung der Wochenarbeitszeit von 41 auf 40 Stunden beginnen, zunächst für Beamten und Beamte ab 55 Jahren. Kein Blame Game, aber mit unserem grünen Koalitionspartner war das schlicht nicht zu machen. Das ist einfach Teil der Wahrheit. Für mich bedeutet das jedoch nicht, dass das Thema vom Tisch ist – im Gegenteil. Es bleibt auf dem Tisch, und wir werden es in der nächsten Legislatur weiterverfolgen, wenn uns die Bürgerinnen und Bürger das Mandat erteilen, eine CDU-geführte Landesregierung zu bilden. Sollten wir dabei an rechtliche, finanzielle oder organisatorische Grenzen stoßen, dann müssen wir zuerst bei den operativen Kräften ansetzen. Dort ist der Handlungsbedarf am größten.

**Die größte Herausforderung für eine professionelle Polizeiarbeit und mehr Sicherheit im Land ist die personelle Ausstattung. Es fehlen über 1 500 Streifenwagenbesetzungen – Baden-Württemberg ist Schlusslicht bei der Polizeidichte. Wie geht es weiter?**

Wir müssen mehr Polizistinnen und Polizisten dorthin bringen, wo sie den größten Unterschied machen: auf die Straße, zu den Menschen. Unsere Einstellungsoffensive läuft – und seit gut zwei Jahren wächst der Personalbestand erstmals wieder. Diesen Kurs halten wir. Gleichzeitig öffnen wir die Türen weiter für Quer- und Direkteinsteiger. Wer aus IT, Verwaltung oder Handwerk kommt, bringt Fähigkeiten mit, die der Polizei sofort helfen. Dabei darf es keine Abstriche an der Qualität geben. Mit 1 000 neuen Ermittlungsassistenten schaffen wir gezielt Entlastung: bei digitaler Auswertung, Logistik und Fallbearbeitung. Das sorgt dafür, dass ausgebildete Polizistinnen und Polizisten wieder mehr Zeit für das haben, was nur sie können – das Recht auf unseren Straßen durchsetzen. Jede und jeder Einzelne von Ihnen ist das Gesicht unseres Rechtsstaats. Dafür danke ich Ihnen – ich bin stolz auf sie!

**Aktuell wird allerorts über eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit diskutiert. Die DPolG steht für eine Beibehaltung der freiwilligen Lebenszeitverlängerung und der Sicherung bisheriger Altersgrenzen, insbesondere für die im operativen Dienst tätigen Beamten und Beamten. Wie stehen Sie zu dieser Frage?**

Wer Jahrzehnte im Einsatz war, nachts rausmussste und oft bis an die Grenze gegangen ist, dem hebt man nicht einfach die Altersgrenzen an. Deshalb sehe ich aktuell keinen Grund, bei operativen Kräften die Altersgrenze nach oben zu drehen. Gleichzeitig können Beamten und Beamte schon heute freiwillig verlängern – und genau das sollten wir erleichtern. Denn diese Erfahrung, dieses Ge-spür, diese Routine: Das ist ein Schatz. Und einen Schatz schätzt man – den lässt man nicht einfach gehen. Deshalb gilt: Freiwilligkeit stärken, Belastungen ernst nehmen – das ist für mich der richtige Weg.

**Der Polizeiorganisation kommt erfolgsentscheidend eine bedeutende Rolle zu. Dabei ist veränderten sicherheitspolitischen**

**Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Sind Sie offen für eine strukturierte, ständige Überprüfung und gegebenenfalls notwendige Veränderungen?**

Innere Sicherheit ist kein Zustand, den man einmal erreicht und dann verwaltet – sie muss immer wieder neu erarbeitet werden. Und wenn sich die Gefahren verändern, darf die Polizei nicht stehen bleiben. Unsere Sicherheitsarchitektur muss sich weiterentwickeln, beweglich bleiben und mit den Aufgaben wachsen. Genau deshalb brauchen wir regelmäßige Strukturprüfungen und Anpassungen, wenn sie notwendig sind. Dass die Polizei Wandel kann, hat sie längst bewiesen – zum Beispiel mit dem neuen Staatsschutz- und Anti-Terrorismus-Zentrum SAT BW. In diese Richtung müssen wir weiterdenken. Wir prüfen, ob ein zweiter SEK-Standort im badischen Landesteil sinnvoll ist. Wir überlegen, wie wir die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität noch stärker bündeln. Und wir müssen Abläufe so vereinfachen, dass die Kräfte draußen mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit haben. Am Ende hilft uns ein klarer Kompass: Was stärkt die Einsatzkräfte? Was macht Baden-Württemberg sicherer? Was bringt Ergebnisse? Genau daran lassen wir uns messen.



**Gesetze und Verordnungen bilden die Basis jeglichen polizeilichen Handelns. Es geht dabei um das Stärken des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren. Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, man schütze Täter besser als die Opfer. Bürokratische Regeln lähmen die Polizeiarbeit. Gibt es für Sie eine Lösung?**

Ich höre oft den Satz: „Man schützt die Täter besser als die Opfer.“ Der Satz ist zugespitzt – aber er hat einen wahren Kern. Denn unsere Polizei wird durch viel zu enge und kleinteilige Rechtsgrundlagen an vielen Stellen ausgebremst. Gerade im Bereich der informationellen Selbstbestimmung wird ein Regelungsaufwand betrieben, der jedes Maß verliert.

Da gibt es Paragrafen, die über eineinhalb Seiten gehen – das ist doch in der Praxis kaum noch handhabbar. Man hat manchmal den Eindruck: Jeder darf Daten nutzen – der Supermarkt, der Online-Shop, die sozialen Medien –, nur die Polizei nicht. Das passt doch einfach nicht zusammen.

Zur Ehrlichkeit gehört aber auch: Viele der Bestimmungen kommen aus Brüssel oder setzen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts um. Das kann man nicht einfach weglassen. Aber man kann politisch sagen: Es läuft aus dem Ruder. Auf europäischer Ebene sehe ich gerade erste Versuche, den Datenschutz auf ein vernünftiges, praktikables Maß zurückzuführen. Das muss Deutschland unterstützen, und mein Ziel ist, mich als Ministerpräsident gegenüber der Bundesregierung genau dafür einzusetzen. Eine Landesregierung von Baden-Württemberg ist per se einmal für alles zuständig. Deshalb müssen wir im Deutschen Bundesrat und in Europa wieder runter von der Zuschauertribüne und raus aufs Spielfeld!

KV Waldshut-Tiengen

## Traditionelles Behörden-Fußballturnier wiederbelebt



Am 15. November fand in der Chilbihalle in Waldshut-Tiengen eine Neuauflage des in früheren Jahren traditionellen Behörden-Fußballturniers statt. Am Start befanden sich neben den Teams des Polizeireviers Bad Säckingen, des Kriminalkommissariats Waldshut-

Tiengen und dem gastgebenden Polizeirevier Waldshut-Tiengen auch Mannschaften der Bundespolizei, der Justiz, des Spitals Waldshut und des DRK Waldshut.

Die Mannschaft des Polizeireviers Waldshut-Tiengen konnte hierbei in nagelneuen Trikots auflaufen und machte in diesen auch auf dem Spielfeld eine gute Figur – am Ende konnte man sich über Platz drei freuen und posierte stolz unter den eigens für dieses Turnier angefertigten Fahnen der DPolG.

Im Rahmen der Siegerehrung erhielten alle Mannschaften Präsente der DPolG,

was diesen gelungenen Sporttag insgesamt abgerundet hat. So war es nicht verwunderlich, dass sich alle Teilnehmer beim anschließenden Hock einig waren, dass die Tradition im nächsten Jahr unbedingt fortgeführt werden sollte.

## Im Dialog: CDU-Arbeitskreis Recht und Verfassung

### „Strafmündigkeit – muss die Altersgrenze abgesenkt werden?“

Am Mittwoch, dem 5. November 2025, lud der Vorsitzende des Arbeitskreises Recht und Verfassung, Arnulf Freiherr von Eyb Mdl., zu einer Expertenrunde in den CDU-Fraktionsitzungssaal ein. Der Einladung folgten auch Jürgen Engel (stellvertretender Landesvorsitzender) und Dirk Preis (GLV) gern.

Das Thema **Strafmündigkeit** wurde durch zahlreiche fachkundige Impulsvorträge beleuchtet. Zu den Beitragenden gehörten unter anderem:

- Prof. Dr. Alexander Baur – Universität Göttingen
- Prof. Dr. Jörg M. Fegert – Universitätsklinikum Ulm
- Katja Fritsche – Leiterin der JVA Adelsheim
- Sabrina Haberstroh – Staatsanwaltschaft Freiburg
- Elisabeth Hoffmann – Konrad-Adenauer-Stiftung
- Prof. Dr. Jörg Kinzig – Universität Tübingen
- Bernd Klippstein – DVJJ
- Tobias Merckle – Seehaus e. V.
- Andreas Schmitz – Alexianer Martinistift GmbH
- Claudia Zink – Leitung JVA Schwäbisch Gmünd

Besonders wertvoll war der direkte Austausch der beiden DPolG-Vertreter mit Justizministerin Marion Gentges sowie mit Arnulf Freiherr von Eyb, dem Vorsitzenden des Arbeitskreises Recht und Verfassung (Bild links).





# **DPolG-Stiftung in Baiersbronn**



Sie sind die Stimmen am Telefon, die sich um Buchungen kümmern. Sie tragen Verantwortung, sorgen für Sauberkeit in Appartements und Häusern, pflegen das gesamte Anwesen – vom Rasenmähen bis zum Laubentfernen. Einer von ihnen stellt sogar den Stiftungs-Honig her und betreut die Alm. Kurz: Es sind die Menschen, die sich kümmern – diejenigen, die für alle Gäste der Stiftung bestmögliche Bedingungen schaffen.

Vom 10. bis 12. November waren sie zu Gast im Waldhotel Sommerberg. Ralf Kusterer hatte ein abwechslungsreiches Programm zusammengestellt – unterstützt von Peter Vietz, Thomas Prottengeier und Edmund Schuler, die bereits auf der Anreise für einen unvergesslichen Zwischenstopp in Ulm sorgten. Ein weiteres Highlight war die Einladung des CEO der Spielbanken Baden-Württemberg, Tobias Wald, zu einem exklusiven Blick hinter die Kulissen des Casinos Baden-Baden. Den Abschluss bildete ein Besuch der Ausstellung Amazonien im Pforzheimer Gasometer.

## **IMPRESSUM**

Redaktion:  
Jörg Kluge (V. i. S. d. P.)  
Telefon: +49.172.1397377  
E-Mail: [Joerg.Kluge@dpolg-bw.de](mailto:Joerg.Kluge@dpolg-bw.de)  
Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Tel.: 0711.9979474-0  
Fax: 0711.9979474-20  
E-Mail: [info@dpolg-bw.de](mailto:info@dpolg-bw.de)  
Internet: [www.dpolg-bw.de](http://www.dpolg-bw.de)  
ISSN 0723-1830

Ein aufrichtiges Dankeschön an alle, die die DPolG-Stiftung zu dem machen, was sie ist: eine Hilfe für diejenigen, die Hilfe benötigen.

## **VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND**



### **Seminare 2026**

**in Baiersbronn**

- 5./6. Februar = **14** freie Plätze
- 4./5. März = **14** freie Plätze
- 5./6. März = **14** freie Plätze
- 13./14. April = **12** freie Plätze
- 23./24. April = **14** freie Plätze
- 1./2. Juni = **14** freie Plätze
- 2./3. Juni = **14** freie Plätze
- 23./24. Juli = **14** freie Plätze
- 30./11. Juli = **14** freie Plätze
- 1./2. September = **14** freie Plätze
- 2./3. September = **14** freie Plätze
- 4./5. November = **14** freie Plätze
- 5./6. November = **14** freie Plätze
- 16./17. November = **15** freie Plätze Tarif
- 17./18. November = **15** freie Plätze Tarif
- 30./31. November = **14** freie Plätze
- 1./2. Dezember = **14** freie Plätze

Die bei unseren Mitgliedern sehr begehrten Seminare zur Vorbereitung auf den Ruhestand finden in unserem Seminarhotel – Waldhotel Sommerberg in Baiersbronn/Obertal statt.

Die Teilnehmergebühr beträgt 70 Euro. Im Teilnehmerbetrag sind die Übernachtung mit Vollpension, Getränke und zahlreiche Unterlagen enthalten.

## **Anmeldung über:**

**60plus@dpolg-bw.de**

**ACHTUNG.** Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.